

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nach VgV  
Umschlag von Bioabfall aus dem Kreis Herford

## **C0 Leistungsbeschreibung**

## Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	2
Abkürzungsverzeichnis .....	3
<b>1    Leistungsgegenstand .....</b>	<b>4</b>
<b>2    Leistungsumfang .....</b>	<b>5</b>
<b>3    Beschreibung der Leistung .....</b>	<b>6</b>
3.1    Bioabfallmengen und -qualitäten .....	6
3.2    Öffnungszeiten der Umschlagsanlage .....	8
3.3    Abfertigung der Sammelfahrzeuge .....	9
3.4    Haupt- und Nebenleistungen .....	9
3.5    Anforderungen an die Umschlagsanlage .....	10
<b>4    Leistungsort .....</b>	<b>11</b>
<b>5    Leistungszeitraum .....</b>	<b>12</b>
<b>6    Kostenangaben/-kalkulation und Ermittlung Wertungspreis .....</b>	<b>12</b>
6.1    Vorhaltepauschale .....	12
6.2    Betriebspauschale .....	13
6.3    Ermittlung Wertungspreis .....	14

### Anlagen:

- C1    Bioabfallmengen Kreis Herford
- C2    Lageplan Suchgebiet Umschlag (identisch mit Unterlage H3)
- C3    Beispielrechnung Herleitung Kosten-Wertungspreis (Zuschlagskriterium 1)
- C4    Methodik-Skizze BGK (Bundesgütegemeinschaft Kompost)

---

## Abkürzungsverzeichnis

AG	Auftraggeber
AN	Auftragnehmer
BioAbfV	Bioabfallverordnung
LB	Leistungsbeschreibung
BVL	BioVerwertung Lemgo GmbH
Sammelfahrzeuge	LKW, die für die Sammlung eingesetzt werden
Sammelzüge	LKW für den Transport zwischen Umschlag- und Verwertungsanlage

## 1 Leistungsgegenstand

Gegenstand des Vergabeverfahrens ist der Umschlag von Bioabfällen des Auftraggebers auf **einer** Umschlaganlage des Auftragnehmers. Mehrere Umschlaganlagen sind nicht zulässig.

Nicht Gegenstand des Vergabeverfahrens sind Sammel- und Transportleistungen.

Die Sammlung und der Transport der gesammelten Bioabfälle zur Umschlaganlage erfolgen durch die Städte und Gemeinden des Auftraggebers bzw. beauftragten Dritten.

Der Transport von der Umschlaganlage zur Entsorgungsanlage erfolgt durch die BioVerwertung Lemgo GmbH (kurz BVL) oder beauftragte Dritte. Die BVL ist eine gemeinsame Gesellschaft der drei entsorgungspflichtigen Körperschaften der Stadt Bielefeld, des Kreises Herford und des Kreises Lippe, welche die Verwertung der in ihrem Gebiet getrennt eingesammelten Bioabfälle ab dem 01.07.2029 gemeinsam durchführt.

Ziel des Umschlags ist die Optimierung des Transportaufwand von der Sammlung bis zur Verwertungsanlage in Lemgo (Kreis Lippe).

Die Einsammlung der Bioabfälle aus der getrennten Sammlung erfolgt mit Müllsammelfahrzeugen. Diese Fahrzeuge sind in der Regel mit mehreren Personen (Fahrer und Lader) bestückt und sammeln die Bioabfälle ein. Hierzu wird der Inhalt der Mülltonnen ins Sammelfahrzeug mit einer möglichen Zuladung von in der Regel kleiner 10 Tonnen entleert. Die Sammelfahrzeuge transportieren dann die Bioabfall zur Umschlaganlage. Im Rahmen des Umschlags sollten die Bioabfälle für den Weitertransport zur Verwertungsanlage in Lemgo im Sammelzüge mit einer Zuladung von größer 20 Tonnen umgeschlagen werden.

Die Anlieferung wird voraussichtlich mit Sammelfahrzeugen (Seiten- und Hecklader, 3- und 4-Achser) erfolgen. Es muss die Möglichkeit bestehen alle branchenüblichen Transportfahrzeuge für die Sammlung abzufertigen.

Die Bieter werden darauf hingewiesen, dass Veränderungen bei den Abfuhr-/Anliefersystemen über den Leistungszeitraum nicht ausgeschlossen werden können.

## 2 Leistungsumfang

Der Leistungsumfang der vorliegenden Dienstleistungsausschreibung sind Dienstleistungen zum Umschlag von Bioabfällen.

Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen alle notwendigen Teilleistungen ab der Anlieferung der Bioabfälle durch den AG an der Umschlaganlage des Auftragnehmers bis hin zur Verwiegung der Sammelzüge beim Verlassen der Umschlaganlage. Der Transport der Abfälle mittels der Sammelzüge erfolgt seitens des AG oder beauftragte Dritte.

Der AG geht derzeit von einem Gesamtaufkommen der ausschreibungsgegenständlichen Abfälle zum Leistungsbeginn von in etwa 20.000 Mg pro Jahr aus. Diese Angabe und auch die weiteren mit den Vergabeunterlagen übergebenen Informationen zum Mengenaufkommen sind jedoch unverbindlich.

Der tatsächliche Beginn der Anlieferungen hängt von der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Verwertungsanlage in Lemgo ab und ist somit aktuell nicht datumgenau bezifferbar. Dieser Kalkulationsunsicherheit wird bei der Entgeltregelung berücksichtigt. Der tatsächliche Beginn der Anlieferungen wird dem AN mit einer Vorlaufzeit von 9 Monaten mitgeteilt.

Die Entgeltregelung differenziert Investitionen und den tatsächlichen Aufwand der Umschlagsleistung selbst. Die Investitionen und damit das Vorhalten einer entsprechenden Umschlaganlage wird über eine Monatspauschale in €/Monat abgedeckt. Der Aufwand für den Betrieb der Umschlaganlage wird über einen Kostenansatz in €/Mg vergütet. Kostenanpassungen über die Vertragslaufzeit werden für den Betrieb mittels einer Preisgleitklausel berechnet. Die Vorhaltekosten für die Bereitstellung der Anlage gleiten nicht und sind somit über die gesamte Vertragsdauer konstant.

### 3 Beschreibung der Leistung

#### 3.1 Bioabfallmengen und -qualitäten

Gegenstand der ausgeschriebenen Leistungen sind die durch den AG in seinem Zuständigkeitsbereich im Wege des Holsystems der Bioabfalltonne erfassten Bioabfälle, die dem AG im Rahmen der Überlassungspflicht nach § 17 Abs. 1 Satz 2 KrWG überlassen werden. Nicht Gegenstand des Vertrags sind alle anderen in die Entsorgungszuständigkeit des AG fallenden Abfälle.

Nicht Auftragsgegenstand sind damit Bioabfälle, die im Bringsystem über Wertstoffhöfe, Schredderplätze oder Grünabfallkompostierungsanlagen erfasst werden; ferner nicht die über zusätzliche Sammel- und Schredderaktionen erfassten Grünabfälle; des Weiteren nicht Restabfälle, Sperrmüll und alle anderen nicht den Bioabfällen zuzuordnenden Abfallarten.

Die genannten Mengenangaben sind unverbindlich. Auftragsgegenstand sind jeweils die tatsächlich anfallenden und dem AG überlassenen Bioabfallmengen. Je nach Standort der Umschlaganlage behält sich der AG das Recht zur Direktanlieferung von Teilmengen zur Verwertungsanlage in Lemgo vor.

Der AG geht, wie bereits zuvor dargestellt, von einem Gesamtaufkommen von in etwa 20.000 Mg pro Jahr aus. Die angegebene Menge wurde durch den AG auf Basis der Entwicklung der Sammelmengen der vergangenen Jahre abgeschätzt. Der Auftragnehmer hat unabhängig von der tatsächlichen Mengenentwicklung die angelieferte Menge Bioabfall vollständig umzuschlagen. Hierbei muss eine Vermischung mit Abfällen aus anderen Herkunftsbereichen oder anderen Abfallfraktionen sicher ausgeschlossen werden. Vor dem Entleeren der Sammelfahrzeuge müssen die Kippstellen bzw. die entsprechenden Bunkerbereich frei sein und dürfen nicht durch andere Fraktionen oder Bioabfällen aus anderen Herkunftsbereichen belegt sein.

Generell haben die Bieter zu berücksichtigen, dass insbesondere durch Änderungen des Konsum- und Entsorgungsverhaltens der Abfallerzeuger, durch Veränderungen der äußeren - durch den AG nicht beeinflussbaren - Rahmenbedingungen (Veränderung rechtlicher Grundlagen) sowie durch Maßnahmen des AG im Rahmen einer Weiterentwicklung seines abfallwirtschaftlichen Angebots zukünftig Veränderungen bezüglich der auftragsgegenständlichen Bioabfallmengen und -zusammensetzungen eintreten können.

Aufgrund der genannten Umstände kann der Auftragnehmer nicht mit einem stabilen Aufkommen auftragsgegenständlicher Bioabfälle rechnen. Auch bei auftretenden Schwankungen ist jederzeit der ordnungsgemäße Umschlag der übergebenen Bioabfälle sicherzustellen.

Die Bioabfälle fallen, wie allgemein üblich, nicht gleichmäßig an; d.h. bei der Anlieferung ergeben sich täglich und wöchentlich Unterschiede in der jeweils zu verarbeitenden Abfallmenge

und -zusammensetzung. Zu berücksichtigen sind in diesem Zusammenhang auch die üblichen jahreszeitlich bedingten Schwankungen der Zusammensetzung von Bioabfällen. Im Teil C1 wird beispielhaft und unverbindlich über den Jahresgang der monatlichen Anlieferungen in den zurückliegenden Jahren informiert.

Weitere Schwankungen in der Bioabfallqualität werden mindestens beim Schüttgewicht, beim Wassergehalt und beim organischen Trockensubstanzgehalt erwartet. Diese Schwankungen können sowohl im Jahresverlauf als auch innerhalb der Vertragslaufzeit eintreten.

Der Auftraggeber hat nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die in den zu entsorgenden Bioabfällen enthaltenen Inhaltsstoffe. Er informiert im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit die Abfallerzeuger, dass bestimmte Stoffe nicht in die Biotonnen gehören und wird auch künftig darauf hinweisen.

Angaben zur Zusammensetzung der ausgeschriebenen Bioabfallmengen liegen dem AG nicht vor. Das betrifft beispielsweise die jeweiligen Anteile küchenstämmiger Abfälle bzw. von Gartenabfällen, welche jahreszeitlichen Schwankungen unterliegen.

Generell haben die Bieter zu berücksichtigen und zu kalkulieren, dass trotz weitgehender Einführung der getrennten Sammlung von Restabfällen, Sperrmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Wertstoffen in den Bioabfällen noch relevante Anteile solcher Abfälle enthalten sein können.

Mit der Verordnung zur Änderung abfallrechtlicher Verordnungen vom 28. April 2022 (BGBl. 2022 Teil I, S. 700) wurde u.a. die BioAbfV geändert. In § 2a BioAbfV werden Anforderungen an die Fremdstoffentfrachtung festgelegt, die u.a. auch die Anlieferung des Behandlers betreffen (§ 2a Abs. 4).

Bei jeder Anlieferung von Bioabfällen (Charge = Fahrzeugladung eines Sammelfahrzeugs) ist vor der weiteren Behandlung eine Sichtkontrolle auf Fremdstoffe durchzuführen. Das bedeutet, dass Bioabfälle bei der Anlieferung durch den Auftragnehmer visuell gesichtet und auf ihren **Fremdstoffgehalt** beurteilt werden müssen. Wenn dabei angenommen werden kann, dass die in § 2a Abs.3 BioAbfV genannten **Kontrollwerte für Kunststoffe** (1 % Gesamtkunststoffe > 20 mm in der Frischmasse) überschritten sein könnten, muss eine Fremdstoffentfrachtung erfolgen. Ohne Fremdstoffentfrachtung darf das angelieferte Material nicht weiterverarbeitet (biologisch behandelt) werden.

Weiterhin ist in § 2a Abs. 4 BioAbfV ein Rückweisungswert festgelegt. Dies bedeutet, dass in dem Fall, dass die Sichtkontrolle Anhaltspunkte für die Überschreitung eines Gesamtfremdstoffgehalts von 3 % in der Frischmasse ergibt, der Bioabfallbehandler (hier die Verwertungsanlage Lemgo) vom Anlieferer (hier AG) die Rücknahme der Lieferung verlangen kann. Um die Größe der Rückweisungsmenge minimieren und dem AG entsprechende Hinweise für die

Optimierung der Bioabfallqualität an die Hand geben zu können (routengenaue Öffentlichkeitsarbeit), hat diese Sichtkontrolle vor dem Umschlag in die Sammelzüge zu erfolgen.

Hinsichtlich der Art und Weise der Durchführung der Analysen zur Bestimmung des Fremdstoffanteils wird auf die entsprechenden Methodik gemäß der BGK (Bundesgütegemeinschaft Kompost) verwiesen (Methodik-Skizze siehe Teil C4).

### **3.2 Öffnungszeiten der Umschlagsanlage**

Die Umschlagsanlage muss grundsätzlich technisch, organisatorisch und personell so ausgestattet sein, dass die ordnungsgemäße und zügige Übergabe der Bioabfallmengen aus den Sammelfahrzeugen sowie der Umschlag in die Sammelzüge gewährleistet ist.

Die Anlieferung an die Umschlagsanlage muss zu folgenden Zeiten sichergestellt werden:

- montags bis freitags (außer an gesetzlichen Feiertagen in NRW) in der Zeit von 8:30 bis 16:30 Uhr
- sowie an Vor- oder Nachholtagen bei gesetzlichen Feiertagen auch am Samstag in der Zeit von 8:30 bis 14:30 Uhr; Heiligabend und Silvester bis 12:00 Uhr.

Wartende Fahrzeuge, die sich bei Ablauf der genannten Zeiten im Eingangs- bzw. Wartebereich zur Umschlagsanlage befinden, sind in jedem Fall noch zum täglichen Betriebsende abzufertigen, d.h. die Entladung ist zu ermöglichen.

Im Einzelfall sind abweichende Anlieferungszeiten nach Absprache zu ermöglichen, insbesondere wenn durch Witterungsbedingungen o. Ä. Verschiebungen im Sammelverkehr eintreten (Anlieferung am Samstag).

Der Umschlag in die Sammelzüge hat i.d.R. am Tag der Anlieferung zu erfolgen. Die Dispositionierung der Sammelzüge (Uhrzeit und Anzahl) durch den AG erfolgt täglich in Absprache mit dem AN. Hier wird angestrebt, dass nur voll beladene Sammelzüge die Umschlagsanlage in Richtung Lemgo verlassen. Sollte in Ausnahmefällen ein Umschlag am selben Tage wie die Anlieferung nicht möglich (z.B. zu späte Anlieferung, Sammelzug nicht verfügbar, Störungen in der Umschlagsanlage) oder unwirtschaftlich (z.B. nur Teilbeladung möglich) sein, so ist davon auszugehen, dass der Umschlag am folgenden Werktag (Mo bis Fr) stattfindet.

Dieses hat zur Folge, dass ausreichende Ladekapazitäten in der Umschlagsanlage vorhanden sein müssen. Bei der erforderliche Lagerkapazität ist von 120 Tonnen auszugehen, dieses entspricht der 1,5-fachen durchschnittlichen Tagesmenge ( $20.000 \text{ Mg/a} / 250 \text{ d} = 80 \text{ Mg/d}$ ). Die Lagerdauer kann unter Berücksichtigung von Feiertagen mehrere Tage betragen (z.B. Ostern = 4 Kalendertage, Weihnachten = bis zu 5 Kalendertage). Die Umschlagsanlage muss in der Lage sein, die Lagermenge (120 Mg) zusätzlich zur mittleren durchschnittlichen Tagesmenge (80 Mg) an einem Tag umzuschlagen, d.h. die mögliche Umschlagmenge pro Tag muss mindestens 200 Mg betragen.



### **3.3 Abfertigung der Sammelfahrzeuge**

Die Abfertigung der Sammelfahrzeuge an der Anlage hat unverzüglich zu erfolgen; Wartezeiten sind zu vermeiden.

Der AN sichert eine zügige Abfertigung der Anlieferfahrzeuge zu. Sofern die Gesamtzeit je Anlieferung (gemessen vom Eintreffen an einer etwaigen Warteschlange vor der Waage bis zum Abschluss der Ausgangsverwiegung) bei Containerzügen 45 min, bei Schubboden-Fahrzeugen 30 min oder bei Müllfahrzeugen 20 min übersteigt, ist der AG berechtigt, die ihm entstehenden Mehrkosten vom Entgelt abzuziehen. Die Mehrkosten werden mit 80 €/h netto festgesetzt.

### **3.4 Haupt- und Nebenleistungen**

Neben der Hauptleistung des Umschlags der Bioabfälle auf einer eigenen Umschlagsanlage des Auftragnehmers hat der Auftragnehmer folgende Nebenleistungen, welche nicht gesondert vergütet werden, zu erbringen:

- Verwiegung sämtlicher anliegenden Sammelfahrzeuge (Ein- und Auswiegung) mittels einer geeichten Fahrzeugwaage mit einer Länge von mindestens 18 m für Fahrzeuge bis 40 Tonnen Gesamtgewicht. Die Wiegedaten sind dem Auftraggeber fahrzeuggenau spätestens 5 Werktage nach Monatsende elektronisch zu übermitteln. Es erfolgt zunächst eine Verwiegung des Sammelfahrzeugs im beladenen Zustand. Nach der Entladung erfolgt eine Leerverwiegung des Sammelfahrzeugs. Vorbehaltlich berechtigter Beanstandungen des AG stellt die Differenz aus beiden Verwiegungen die angelieferte Menge dar.
- Verwiegung sämtlicher Sammelzüge (Schubbodenfahrzeuge, Hakenliftzüge, Muldenfahrzeuge; Ein- und Auswiegung) mittels einer geeichten Fahrzeugwaage mit einer Länge von mindestens 18 m für Fahrzeuge bis 40 Tonnen Gesamtgewicht. Die Wiegedaten sind dem Auftraggeber fahrzeuggenau spätestens 5 Werktage nach Monatsende elektronisch zu übermitteln. Es erfolgt zunächst eine Verwiegung des leeren Sammelzugs. Nach Beladung durch den AN erfolgt die Verwiegung des Sammelzugs im beladenen Zustand. Vorbehaltlich berechtigter Beanstandungen des AG stellt die Differenz aus beiden Verwiegungen die abgefahrene Menge dar. Hierbei ist sicherzustellen, dass eine Überladung der LKW im Sinne der Straßenverkehrsordnung sicher ausgeschlossen werden kann. Erforderliche Abladevorgänge aufgrund von Überladung und Neubeladung gehen zu Lasten des AN, welcher auch die Kosten für die zusätzlichen Wartezeit zu übernehmen hat. Der AN sichert eine zügige Abfertigung der Sammelzüge für den Transport nach Lemgo zu. Sofern die Gesamtzeit je Verladung (gemessen vom Eintreffen an einer etwaigen Warteschlange vor der Waage bis zum

Abschluss der Ausgangsverwiegung) im Wochenmittel bei Sammelzügen 45 min übersteigt, ist der AG berechtigt, die ihm entstehenden Mehrkosten vom Entgelt abzuziehen. Die Mehrkosten werden mit 80 €/h netto festgesetzt.

- Sichtung der Bioabfälle aus jedem Müllsammelfahrzeugen in Sinne der Bioabfallverordnung (BioAbfV); Chargenanalyse zur Beurteilung des Fremdstoffgehalt. Bei erwarteten Fremdstoffgehalten von mehr als 3% hat der Auftragnehmer eine Abstimmung zur weiteren Vorgehensweise mit dem Auftraggeber vorzunehmen. Entscheidet sich der Auftraggeber für die Rückweisung, so hat der Auftragnehmer die entsprechende Charge, anstatt in den Sammelzug, in einen vom Auftraggeber beigestellten Container umzuschlagen. Der Containerstellplatz muss sich in der Halle befinden. Die Abfuhr des Containers und die Entsorgung der Charge erfolgt durch den Auftraggeber oder beauftragte Dritte auf Kosten des Auftraggebers.
- Aussortierung von Mülltonnen, welche versehentliche im Rahmen der Sammlung in die Sammelfahrzeuge gelangt sind. Hierfür stellt der Auftraggeber einen Container zur Beladung durch den Auftragnehmer zur Verfügung, fährt diesen ab oder lässt diese durch Dritte abfahren und Entsorgung die Mülltonnen auf seine Kosten. Der Containerstellplatz kann sich außerhalb der Halle befinden.
- Beladung von Sammelzügen mit einer Höhe der Ladekante von bis zu 4,00 m.
- Erlaubnis für die Besatzung der Sammelfahrzeuge und der Sammelzüge zur Mitbenutzung der Toiletten am Standort der Umschlaganlage des Auftragnehmers.

### **3.5 Anforderungen an die Umschlagsanlage**

Die Umschlagsanlage ist durch den Auftragnehmer - soweit noch nicht erfolgt - zu errichten sowie über die gesamte Vertragslaufzeit zu unterhalten und zu betreiben.

Die Umschlagsanlage muss für den Umschlag der Bioabfälle vollumfänglich geeignet und genehmigungsrechtlich zugelassen sein. Sie ist jederzeit im Einklang mit allen gesetzlichen und untergesetzlichen Regelungen sowie unter voller Beachtung der genehmigungsrechtlichen Vorgaben zu betreiben.

Für die Umschlagsanlage gelten folgende technische Mindestanforderungen:

- Mindestens eine geeichte Fahrzeugwaage für die Verwiegung sämtlicher Sammelfahrzeuge und Sammelzüge. Die Verwiegung muss mit EDV-geschützter Wiegesoftware zur Dokumentation der wesentlichen Daten (Gewicht beladen, Gewicht leer, Kfz-Kennzeichen, Anlieferer, Ergebnis Chargenanalyse gemäß BioAbfV) verfügen. Die Übergabe der Daten hat zusätzlich in einem excel-kompatiblen/-lesbaren Format zu erfolgen.

- Umschlagshalle für sämtliche Entlade- und Befüllvorgänge sowie zur täglichen Zwischenlagerung. Die Umschlagshalle muss über entsprechende Tore verfügen, so dass die Sammelfahrzeuge und die Sammelzüge in die Halle ein- und ausfahren können.
- Mindestens 2 geeignete Abkippbereiche, welche zeitgleichen parallel betreibbar sind.
- Die lichte Mindesthöhe in der Halle muss 6,50 m betragen, um den Austrag der Bioabfälle aus den Sammelfahrzeugen bei geöffneter Heckklappe zu ermöglichen.
- Bunkergröße ausreichend für mindestens 1,5-fach durchschnittliche Anlieferungsmenge von 120 Tonnen ( $20.000 \text{ Mg/a} / 250 \text{ d/a} = 80 \text{ Mg} \times 1,5 = 120 \text{ Mg}$ ). Die Bunkergröße ist so zu wählen, dass eine Sichtung von angelieferten Chargen im Sinne der Bioabfallverordnung möglich ist (Entzerrung der Chargen für die optische Sichtung).
- Das Abkippen und der Umschlag haben auf befestigten Flächen zu erfolgen, welche Sickerwasser aus dem Bioabfall schadlos fassen und einer schadlosen Verwertung/Entsorgung zuführen.
- Technisches stationäres oder mobiles Gerät (z.B. Radlader) zum Befüllen der Sammelzüge (just-in-time).
- Mindestens 2 Stellplätze zum Auf- und Abplanen von Sammelzügen (ein LKW plant ab, ein LKW plant auf).
- Die Verkehrs- und Logistikflächen sind befestigt auszuführen.
- Es muss ein Betriebsgebäude inkl. Toiletten für das Personal vorhanden sein.

Für die Umschlagsanlage hat der Auftragnehmer unverzüglich mit Vertragsbeginn/Zuschlagserteilung den Zertifizierungsvorgang einzuleiten und spätestens zum 01.07.2029 eine Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb zu erwerben und für die gesamte Laufzeit des Vertrages zu unterhalten.

#### **4 Leistungsort**

Die Übergabe der Bioabfälle durch den Auftraggeber bzw. seinen anderweitigen Drittbeauftragten an den Auftragnehmer erfolgt an einer durch den Auftragnehmer zu stellenden Umschlaganlage.

Die Umschlaganlage muss sich innerhalb des graphisch in der Anlage C2 („Lageplan Suchgebiet Umschlag“, identisch mit H3 „Karte Suchgebiet“ aus dem Teilnahmewettbewerb) dargestellten Gebiets befinden.

Die von der Lage der Anlage abhängigen Kosten des Auftraggebers für den Transport zur Umschlaganlage und von der Umschlaganlage zur Verwertungsanlage werden im Rahmen

der Ermittlung des Wertungspreises (siehe auch Anlage A3 „Zuschlagsmatrix Umschlag“) berücksichtigt. Informative Beispielberechnungen sind der Anlage C3 „Beispielrechnung Herleitung Wertungspreis“ zu entnehmen.

## **5 Leistungszeitraum**

Die ausgeschriebenen Leistungen beginnt frühestens am 01.07.2029 und werden für die Zeit ab dem 01.07.2029 für 20,5 Jahre, also bis zum 31.12.2049, fest vergeben. Grundvoraussetzung für den Leistungsbeginn ist die Fertigstellung der Verwertungsanlage in Lemgo. Sollte es zu Verzögerungen bei der Fertigstellung der Verwertungsanlage in Lemgo kommen, so verschieb sich der Beginn der gegenständlichen Leistung entsprechend. Im Falle einer Verzögerung hat der AN nur Anspruch auf die Zahlung des Angebotspreises für die Vorhaltung der Umschlagsanlage. Mit einer Verzögerung ist keine Verlängerung des Leistungszeitraumes verbunden. Das Nähere regelt der Vertrag (D1).

Der AG hat zwei einseitige Optionen zur Verlängerung des Vertrags um jeweils fünf Jahre, d.h. längstens bis zum 31.12.2059. Die Frist für die Ausübung der Verlängerungsoptionen durch den AG beträgt jeweils 12 Monate.

Die für die Leistungserbringung notwendigen vorbereitenden Maßnahmen sind entsprechend frühzeitig vor Leistungsbeginn einzuleiten und durchzuführen.

## **6 Kostenangaben/–kalkulation und Ermittlung Wertungspreis**

Das Preisblatt B2 ist vollständig auszufüllen. Das Entgelt für die Leistungen ist wie folgt zu untergliedert:

- Vorhaltepauschale für die Umschlagsanlage in €/Monat
- Betriebspauschale für den Umschlag in €/Mg

Zur Ermittlung des Wertungspreises darüber hinaus die Lage (Adresse) der Umschlagsanlage vom Bieter im Preisblatt B2 anzugeben.

### **6.1 Vorhaltepauschale**

Die Vorhaltepauschale dienen zur Abdeckung sämtlicher mit der Umschlagsanlage verbundenen Kosten für den Standort selbst. Der AG geht davon aus, dass hier im Wesentlichen bereits getätigte oder noch zu tätigende Investitionskosten von Bedeutung sind.

Vor diesem Hintergrund hat der Bieter im Preisblatt B2 folgende zusätzlich Angaben im Zusammenhang mit der Vorhaltepauschale zu benennen:

- Bereits getätigte Investitionen in €

- Noch zu tätigen Investitionen in €
- Kapitaldienst für die getätigten und noch zu tätigen Investitionen bzw. Reinvestitionen in €/a

Diese Angaben dienen ausschließlich der Preisprüfung (Wirtschaftlichkeit, Auskömmlichkeit, ungewöhnlich niedriger Angebotspreise) im Rahmen Angebotswertung.

Die Vorhaltepauschale unterliegt während der Vertragslaufzeit **nicht** der Preisgleitung.

## 6.2 Betriebspauschale

Die Betriebspauschale dient der Abdeckung sämtlicher mit dem Umschlagvorgang verbundener betrieblicher Kosten wie beispielweise Personalkosten, Kosten für Betriebsstoffe (Benzin/Diesel, Strom, Gas), Kosten für die Wartung und Instandhaltung sämtlicher stationären und mobilen Gerätschaften, Verwaltungskosten etc..

Zwecks Preisprüfung hat der Bieter folgende Angaben in Zusammenhang mit seinem Betriebskonzept im Preisblatt B2 dazulegen:

- Anzahl Betriebspersonal für den Umschlag in Vollzeitstellen pro d
- Verbrauchsansatz für Benzin/Diesel in l/a
- Verbrauchsansatz für Strom in kWh/a
- Verbrauchsansatz für Gas in kWh/a

Die Betriebspauschale unterliegt während der Vertragslaufzeit der Preisgleitung. Wegen der etwaigen Preisanpassung im Rahmen des Vertragsvollzuges wird auf die Regelungen des Vertrages D1 verwiesen.

### 6.3 Ermittlung Wertungspreis

In den Wertungspreis fließen folgende Teilaspekte ein:

1. Vorhaltepauschale gemäß Angebot des Bieters
2. Betriebspauschale gemäß Angebot des Bieters
3. Zuschlag für die Sammelfahrzeuge zum Standort der Umschlagsanlage in Abhängigkeit von der Lage der Umschlagsanlage gemäß Bieterangabe
4. Zuschlag für den Transport mittels Sammelzüge von der Umschlagsanlage nach Lemgo in Abhängigkeit von der Lage der Umschlagsanlage gemäß Bieterangabe

Der Rechengang zur Ermittlung des Wertungspreises ist wie folgt:

1. Die Vorhaltepauschale gemäß Angebot des Bieters in €/Monat (netto) wird auf ein Jahr (Faktor 12) hochgerechnet und durch die mittlere Jahresmenge von 20.000 Mg/a geteilt. Im Ergebnis errechnet sich somit Kosten in €/Mg (netto).
2. Die Betriebskostenpauschale gemäß Angebot des Bieters in €/Mg (netto) wird übernommen.
3. Gemäß Bieterangabe zur Lage der Umschlagsanlage wird die Entfernung zum Referenzpunkt (Betriebsstätte des Abfallentsorgungsbetrieb Deponie Reesberg: Felix-Wankel-Straße 15, 32278 Kirchlengern) mittels Routenplaner durch den AG ermittelt. Diese Entfernung wird mit einer Kostenansatz von 0,79 €/(km x Mg) multipliziert. Das Ergebnis in €/Mg (netto) fließt in den Wertungspreis ein.
4. Gemäß Bieterangabe zur Lage der Umschlagsanlage wird die Entfernung zur Verwertungsanlage in Lemgo (Adresse: Zum Kompostwerk 200, 32657 Lemgo) mittels Routenplaner durch den AG ermittelt. Diese Entfernung mit einer Kostenansatz von 0,26 €/(km x Mg) multipliziert. Das Ergebnis in €/Mg (netto) fließt in den Wertungspreis ein.

Die Summe der Einzelaspekte 1 bis 4 bildet den Wertungspreis (Beispielrechnung siehe Anlage C3).